



Deutscher Mieterbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Eggerstedtstr. 1 · 24103 Kiel

Telefon: 0431/97919-0
www.mieterbund-schleswig-holstein.de



Sozialverband Deutschland
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Muhliusstraße 87 · 24103 Kiel

Telefon: 0431/98388-70
www.sovd-sh.de

VOLKSINITIATIVE

für bezahlbaren Wohnraum

Aufnahme des Rechts auf angemessenen Wohnraum
in die Landesverfassung von Schleswig-Holstein.





Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum

Es geht beim Thema Wohnraum um nicht weniger als eines der wichtigsten Güter des menschlichen Daseins!

Angemessener Wohnraum ist für jeden Menschen unverzichtbar. Die Wohnung ist für den Menschen Lebensmittelpunkt, Rückzugsbereich und Ruhepol zugleich.

In Schleswig-Holstein stehen viele Menschen vor großen Problemen, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Insbesondere in den Großstädten sowie im Hamburger Umland konkurrieren Studenten, Alleinerziehende, Menschen mit schlecht bezahlten Jobs sowie Arbeitsuchende und Rentner um das knapper werdende Angebot auf dem Wohnungsmarkt.

Die Aufgabe, für angemessenen Wohnraum zu sorgen, ist von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung

und damit als gemeinschaftliche Aufgabe zu verstehen, die in der Landesverfassung verankert werden muss.

Die Obdachlosigkeit in Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich angestiegen. Derzeit leben bei uns etwa 10.000 Menschen ohne Obdach, Tendenz rasant steigend. Ihre Aussichten, eine bezahlbare Wohnung zu finden, sind hingegen denkbar schlecht. Viele dieser Menschen sind unverschuldet in solch eine Situation geraten. Persönliche, familiäre oder berufliche Schicksalsschläge sind oftmals die Ursachen für den sozialen Abstieg, häufig verbunden mit dem – drohenden – Wohnungsverlust. Es ist Aufgabe des Staats, die Schwächsten der Gesellschaft zu schützen und ihnen ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Bereits aus sozial-



staatlichen Gesichtspunkten ist es daher geboten, jedem Individuum einen Anspruch auf angemessene Lebensumstände, insbesondere eine angemessene Wohnung, zuzusprechen.

Abgesehen davon, dass Obdachlose gerade in Ballungszentren wie Kiel, Flensburg, Lübeck und Neumünster mit anderen Geringverdienern wie Studenten, Transferleistungsempfängern, Alleinerziehenden und Flüchtlingen am Wohnungsmarkt konkurrieren, ist der aktuelle Bestand an bezahlbaren Wohnungen viel zu gering. Von ehemals etwa 220.000 öffentlich geförderten Wohnungen in Schleswig-Holstein sind zu Beginn des Jahres 2017 nur noch ca. 47.000 übrig. Somit ist der Bestand auf rund ein Fünftel zusammengeschmolzen. Dieses Angebot ist vollkommen unzureichend und daher dringend und schnellstmöglich erheblich zu erweitern.

Mieterbund und Sozialverband in Schleswig-Holstein gehen davon aus, dass jährlich etwa 8.000 zusätzliche Sozialwohnungen im nördlichsten Bundesland gebaut werden müssen, um dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum mittel- und langfristig gerecht zu werden. Viele andere Bundesländer, darunter Bayern, Berlin, Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben das Recht auf angemessenes Wohnen bereits mit Verfassungsrang ausgestattet.

Die Schleswig-Holsteinische Landesverfassung schützt bereits andere wichtige Lebensbereiche des Menschen sowie die Rechte von Tieren. Dies ist richtig und wichtig. Allerdings sollte ein so zentrales Bedürfnis des Menschen – das Leben in einer angemessenen und bezahlbaren Wohnung – ebenfalls mit Verfassungsrang ausgestattet werden.

**Aus diesen Gründen bitten wir Sie,
die vorliegende Initiative zu unterstützen.**